

Pressedienst Nr. 16478
Mittwoch, 01. März 2023

AMA-Marketing ordnet Videoüberwachung in Schlachthof an	1
Stellungnahme des betroffenen Schlachtbetriebs	1
Schmiedtbauer fordert Inflationsanpassung im EU-Budget 2024	2
Carbon Farming: Bernhuber schlägt Anreizsystem für Land- und Forstwirtschaft vor	3
Verbrennerverbot manövriert Klimaschutz in die Sackgasse	4
Umfrage der Europäischen Kommission zu unlauteren Handelspraktiken	5
Strasser sprach mit Auernhammer über ein Jahr Ampelkoalition in Deutschland	5
Integrierte Pflanzenschutz-Methoden in Datenbank der EU-Kommission gesammelt	6
Österreichischer Raiffeisenverband: Rehulka wird neuer Generalsekretär	7
Insektenmehl als Lebensmittelzusatz seit Jänner zulässig	8

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

AMA-Marketing ordnet Videoüberwachung in Schlachthof an

Umsetzung der Maßnahmen für mehr Transparenz

Wien, 1. März 2023 (aiz.info). - Seit Jahresbeginn arbeitet die AMA-Marketing verstärkt am Einsatz digitaler Tools in ihrem Kontrollwesen. Nun geht sie in die Umsetzung und veranlasst, eine Videoüberwachung bei dem steirischen Geflügel-Schlachtbetrieb zu installieren.

Die AMA-Marketing hat bereits Anfang des Jahres angekündigt, das Kontrollsystem durch den Einsatz von Digitalisierungsmaßnahmen weiter zu verbessern. Das geschieht nun in dem Schlachtbetrieb, der seit Anfang der Woche in der Öffentlichkeit steht. Der Betrieb hat von nun an besonders tierschutzrelevante Bereiche der Geflügelschlachtung mit Videoaufzeichnungen zu überwachen. Mit der Einführung einer kameragestützten Überwachung wird mehr Transparenz während des Schlachtvorgangs erreicht. Die tierschutzrelevanten Videoaufzeichnungen sind regelmäßig von Fachleuten auszuwerten. Das hat zum einen präventive Wirkung. Andererseits ermöglicht es im Falle von Fehlverhalten schnelleres Eingreifen.

Stärkung des Tierschutzbeauftragten

Als weitere Verbesserungsmaßnahme stärken wir im Rahmen des AMA-Gütesiegelprogramms die Position des Tierschutzbeauftragten im Schlachtbetrieb und bauen sie weiter aus. Der Tierschutzbeauftragte hat ein Team zu bilden, welches ihm fachlich unterstellt und das für die laufende Sicherstellung der Einhaltung von Tierschutzmaßnahmen verantwortlich ist.

Gemeinsame Weiterentwicklung der Kontrollsysteme durch Digitalisierung

Das AMA-Gütesiegel-Kontrollsystem bei Schlachthöfen baut auf das amtliche Tierärztesystem auf. Die AMA-Marketing bietet den Behörden die gemeinsame Weiterentwicklung der Kontrollsysteme durch verstärkte Einbeziehung der Digitalisierung an. Denn die AMA-Marketing ist überzeugt, dass es insgesamt mehr Bewusstsein für den richtigen Umgang mit Nutztieren und den Wert von Lebensmitteln braucht. Es muss wieder mehr Wertschätzung für Tiere und tierische Lebensmittel in allen Bereichen geschaffen werden - von der Tierhaltung, über den Transport bis hin zur Schlachtung, aber auch im Handel und bei den Konsumenten. Alle sind aufgerufen, dazu beizutragen. Um mehr Transparenz und mehr Vertrauen zu schaffen, wird die AMA-Marketing auch weiterhin intensiv daran arbeiten die Kontrollsysteme weiterzuentwickeln und dafür auch konsequent Digitalisierung und weitere neue Technologien zu nützen. (Schluss) APA OTS 2023-03-01/12:57

Stellungnahme des betroffenen Schlachtbetriebs

"So etwas darf und wird nie wieder vorkommen." - Familienbetrieb ersucht aufgrund akuter Drohungen gegen Angehörige um Schutz der Privatsphäre

Wien, 1. März 2023 (aiz.info). - Im Zusammenhang mit den jüngst veröffentlichten Vorwürfen des VGT (Verein gegen Tierfabriken) gegen einen heimischen Schlachthof gab der angezeigte Familienbetrieb heute eine erste öffentliche Stellungnahme dazu ab:

"Von diesen Bildern sind wir selbst entsetzt, so ein Verhalten ist für uns inakzeptabel. Das ist nicht, wofür wir stehen - und darum gab es für die betreffenden Mitarbeiter auch entsprechende arbeitsrechtliche Konsequenzen. Damit so etwas nie wieder vorkommt, haben wir unser gesamtes Team mit diesen Bildern konfrontiert und dabei sehr deutlich gemacht, dass wir derartiges nicht tolerieren. Und wir werden in unseren Schulungen künftig noch stärker darauf achten, alle Mitarbeiter dahingehend zu sensibilisieren.

Wir möchten aber auch betonen, dass diese Bilder eine Negativ-Auswahl aus über tausend Stunden Videomaterial sind, die nicht repräsentativ dafür sind, wie bei uns gearbeitet wird", so der Betreiber, der - nicht zuletzt aufgrund akuter Bedrohungen gegenüber seiner Familie - nicht namentlich genannt werden möchte und daher an alle Medien appelliert, von einer Kenntlichmachung des Betriebs bzw. seiner Familie abzusehen.

"Bedauern diese Vorfälle und stehen zu unserer Verantwortung"

"Tatsache ist, dass erste behördliche Kontrollen klar gezeigt haben, dass ein Großteil der angezeigten Vorwürfe haltlos ist. Es ist auch täglich ein beamteter Tierarzt vor Ort, der die Einhaltung aller Bestimmungen kontrolliert. Wir räumen aber ein, dass einige der vom VGT dokumentierten Szenen nicht in Ordnung sind und die wollen wir auch keinesfalls schönreden, sondern werden sie abstellen.

Wir bedauern diese Vorfälle und stehen zu unserer Verantwortung in diesem Zusammenhang. So etwas darf und wird nie wieder vorkommen. Wir würden uns aber auch eine ehrlichere Diskussion über unsere Branche wünschen. Es kann nicht sein, dass der Markt und die Konsumenten möglichst preiswerte Produkte von uns erwarten, aber gleichzeitig niemand wahrhaben will, dass das im kleinen Maßstab unmöglich ist." (Schluss) APA OTS 2023-03-01/08:52

Schmiedtbauer fordert Inflationsanpassung im EU-Budget 2024

Faires Einkommen für Land- und Forstwirte garantieren

Brüssel, 1. März 2023 (aiz.info). - Das EU-Budget 2024 war gestern, Dienstag, Verhandlungsgegenstand im Agrarausschuss des Europaparlaments. Für EU-Abgeordnete und ÖVP-Agrarsprecherin **Simone Schmiedtbauer** ist das EU-Budget nicht mehr zeitgemäß, da es vor dem Krieg in der Ukraine verhandelt wurde. Mit Blick auf die künftige Sicherstellung der Versorgung mit ausreichend Lebensmitteln und die allgemeine Teuerung bei landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und Energie, forderte Schmiedtbauer mehr Geld für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP).

"Es gilt zu verhindern, dass die Land- und Forstwirtschaft immer mehr leisten muss und - verstärkt durch die Inflation - immer weniger dafür bekommt. Im Agrarausschuss setzen wir uns für Maßnahmen ein, um die Teuerung bei Lebensmitteln für die Konsumentinnen und Konsumenten zu stoppen und gleichzeitig ein faires Einkommen für die Land- und Forstwirte zu garantieren", erklärte die Schmiedtbauer. Ebenso brauche es mehr Geld für die Jugend, die Forschung und Entwicklung und für die digitale Transformation. "Das alles wird sich ohne eine Budgeterhöhung für die GAP schwer ausgehen, denn die hohe Inflation lässt den Wert der aktuellen GAP dahinschmelzen", stellte Schmiedtbauer klar.

Täglich gelte es rund 450 Mio. Menschen in der EU zu ernähren. "Unsere Unabhängigkeit bei der Lebensmittelversorgung, frische regionale Lebensmittel, die unter höchsten Umweltstandards produziert wurden und heimische, kleinstrukturierte Familienbetriebe müssen uns etwas wert sein - auch finanziell", verdeutlichte Schmiedtbauer, die mehr Entschlossenheit von EU-Agrarkommissar Wojciechowski erwartet. "Ein erstes positives Signal haben wir zu Jahresbeginn gesehen, wo der Kommissar erstmals meine Forderung nach mehr Geld für die Land- und Forstwirtschaft aufgegriffen hat. Er hat im Agrarausschuss des Europaparlaments festgestellt, dass die aktuellen 0,4 % des Haushalts nicht ausreichen, um die immer höheren Anforderungen an unsere heimische Land- und Forstwirtschaft in Kombination mit der aktuellen Rekordinflation abzudecken. Diesen Worten muss er jetzt Taten folgen lassen", sagte Schmiedtbauer. (Schluss)

Carbon Farming: Bernhuber schlägt Anreizsystem für Land- und Forstwirtschaft vor

Umweltausschuss des EU-Parlaments stimmt über nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe ab

Brüssel, 1. März 2023 (aiz.info). - Für einheitliche europäische Rahmenbedingungen beim Carbon Farming plädiert **Alexander Bernhuber**, Umweltsprecher der ÖVP im Europaparlament. Diese sollen sicherstellen, dass es zu einer tatsächlichen CO₂-Speicherung und neuen Einkommensmöglichkeit für die Land- und Forstwirtschaft kommt. "Für uns als Europäische Volkspartei im Europaparlament ist es wesentlich, dass sämtliche Maßnahmen zur CO₂-Speicherung ausschließlich auf freiwilliger Basis beruhen und der Preis für CO₂ die Preise am freien Markt widerspiegeln muss. Für die europäische Land- und Forstwirtschaft fordern wir ein Anreizsystem", erklärt Bernhuber im Vorfeld der Abstimmung des Umweltausschusses im Europaparlament zum Thema "Nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe" heute, Mittwochnachmittag.

Laut Bernhuber verliefen die vorangegangenen Verhandlungen kontroversiell. Speziell die sozialdemokratische und die grüne Fraktion im EU-Parlament hätten auf ein verpflichtendes Modell für die Land- und Forstwirtschaft gepocht. "Das war weit weg von jeglicher Realität. Ich lehne neue Verpflichtungen und Zwangsbürokratie ab", so der EU-Abgeordnete ab, der jedenfalls die Mitgliedstaaten stark eingebunden sehen möchte. "Bereits etablierte nationale und private Systeme müssen berücksichtigt werden. Speziell mit den neuen 'europäischen CO₂-Zertifikaten' kann Greenwashing verhindert werden. Diese bieten eine gute Alternative für Zertifikate, die oft dubiose und wenig nachvollziehbare Projekte in Drittstaaten finanzieren", unterstreicht Bernhuber.

Der Forderungskatalog des Europaparlaments lege den Grundstein für eine bereits in Ausarbeitung befindliche Verordnung, in der klare Bestimmungen über einen zukünftigen europäischen Rechtsrahmen für Carbon Farming festgelegt werden. Nach der Abstimmung im Umweltausschuss wird der Textvorschlag im April im Plenum abgestimmt. (Schluss)

Verbrennerverbot manövriert Klimaschutz in die Sackgasse

Einsatz erneuerbarer Kraftstoffe forcieren - Technologieabhängigkeit reduzieren

Wien, 1. März 2023 (aiz.info). - "Der steigende Einsatz erneuerbarer Biokraftstoffe und die Ausnutzung der verfügbaren Potenziale ermöglicht im Gleichklang mit Einsparmaßnahmen und Elektrifizierung die nötige Abkehr von fossilen Energieträgern im Verkehrsbereich. Ein ideologisch motiviertes und vor allem vorzeitiges All-In, also alles auf eine technologische Karte zu setzen, davor warnen wir eindringlich. Wer die ambitionierten aber notwendigen Klima- und Energieziele 2030 und 2050 erreichen will, muss konsequent alle verfügbaren Technologieoptionen nützen. Nachhaltige heimische Biokraftstoffe sind nach dem Motto: 'Ergänzen, nicht ersetzen' ein unverzichtbarer Teil der Lösung", sagt der Obmann der Plattform Erneuerbare Kraftstoffe (PEK), **Johannes**

Schmuckenschlager

Der Verbrennungsmotor wird auch zukünftig ein wesentlicher Faktor der individuellen Mobilität aber auch vieler Nischenbereichen sein. Sei es aufgrund fehlender Alternativen oder unzureichender Infrastruktur. "Oder weil eben eine Elektrifizierung ökonomisch und vor allem ökologisch keinen Sinn macht. Der klimafreundliche Betrieb des Verbrennungsmotors mit nachhaltigen biogenen oder synthetischen Kraftstoffen ist technologisch sowohl in Mischungen als auch in Reinform möglich, sinnvoll und vor allem gelebte Praxis. Das Umweltministerium selbst bestätigt diesen ökologisch unverzichtbaren Mehrwert. Im Sinne der Umwelt müssen wir alle Chance nützen und von der ideologiegetriebenen Verbotsbremse steigen", so Schmuckenschlager weiter.

"Ein vollständiges Verbot dieser ausgereiften Technologie zugunsten einer zukünftigen Abhängigkeit sowohl bei Rohstoffen für die Batterien als auch den Fahrzeugen aus Fernost zum Erhalt der individuellen Mobilität ist blauäugig. Gerade die letzten Jahre haben uns allen die fatalen Folgen von Importabhängigkeiten drastisch vor Augen geführt. Weitere Bereiche in diese nur in eine Richtung befahrbare Sackgasse zu manövrieren, würde Österreich und Europa ökonomisch und ökologisch massiv schaden."

Heimische Potenziale nutzen

Nach erfolgter Novellierung der Kraftstoffverordnung durch das BMK steht im heurigen Jahr die Einführung von Kraftstoffen mit höheren Biokraftstoffbeimengungen, wie beispielsweise E10, auch in Österreich an. In vielen Nachbarstaaten ist das längst der Standardkraftstoff. Neben diesem höchstfreulichen Fortschritt wären weitere Maßnahmen schnell umsetzbar. So sollten zum Beispiel in geschlossenen Flotten im öffentlichen Bereich bei Busflotten, Straßendienst- oder Gemeinde- und Müllsammelfahrzeugen schnellstmöglich höhere Biokraftstoffbeimischungen (B20/B30, wo möglich B100) zum Einsatz kommen. Weitere potenzielle Einsatzbereiche wären die Binnenschifffahrt und Baumaschinen sowie Offroadfahrzeuge. "Dies würde große Mengen an Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor einsparen, die Versorgungssicherheit mit Kraftstoffen deutlich erhöhen und Abhängigkeiten zugunsten heimischer Wertschöpfung verringern", so Schmuckenschlager abschließend. (Schluss) APA OTS 2023-03-01/11:36

Umfrage der Europäischen Kommission zu unlauteren Handelspraktiken

Lieferanten der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette können noch bis 15. März 2023 an der Umfrage teilnehmen

Brüssel/Wien, 1. März 2023 (aiz.info). - Am 17. April 2019 erließen das Europäische Parlament und der Rat die Richtlinie (EU) 2019/633 über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette. Österreich hat diese Richtlinie im Faire-Wettbewerbsbedingungen-Gesetz umgesetzt.

Die EK führt jährlich Umfragen über die Wirksamkeit der von den Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit dieser Richtlinie getroffenen Maßnahmen durch. Diese Umfrage wird in allen Mitgliedstaaten durchgeführt. Bei der Zielgruppe handelt es sich um die unter diese Richtlinie fallenden Lieferanten der verschiedenen Stufen der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette.

Der Fragebogen ist unter folgendem Link abrufbar:

https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/3rd_survey_UTPs# und bis zum 15. März 2023 auszufüllen.

Weitere Informationen sind auf der Homepage der EK und unter

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_22_7832 zu finden.

Antworten auf diese Umfrage werden zeigen, ob die von der EK oder den Mitgliedstaaten getroffenen Maßnahmen wirksam und effektiv sind oder ob nachgeschärft werden muss. (Schluss)

Strasser sprach mit Auernhammer über ein Jahr Ampelkoalition in Deutschland

Auswirkungen auf die Landwirtschaft skizziert

Wien, 1. März 2023 (aiz.info). - "Deutschland ist nicht nur unser Nachbarland, sondern auch unser wichtigster Handelspartner - allgemein wie auch beim Agrar-Außenhandel. Ein regelmäßiger Austausch zu agrarpolitisch wichtigen Themen stärkt unsere Partnerschaft", freut sich ÖVP-Landwirtschaftssprecher **Georg Strasser** über den Erfahrungsaustausch mit dem Obmann des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährung im Deutschen Bundestag, **Artur Auernhammer**, der selbst Landwirt in Bayern ist und die Anliegen von mehr als 260.000 landwirtschaftlichen Betrieben in der Bundesrepublik Deutschland vertritt.

Hintergrund des Gesprächs war die Situation der Landwirtschaft in Deutschland, wo seit einem Jahr eine "Ampelkoalition" der Parteien SPD, Grüne und FDP regiert. "Im Bundestag sitzen mittlerweile nur noch fünf praktizierende Landwirte von insgesamt 736 Mitgliedern. Da auf Regierungsebene oft Stillstand herrscht und für uns wichtige Themen auf die lange Bank geschoben werden, bleibt die CDU/CSU die einzige hörbare Stimme der Landwirtschaft. Umso wichtiger ist es, Allianzen - auch über die Bundesgrenzen hinweg - zu schmieden und sich auf europäischer Ebene für gangbare und praktikable Lösungen einzusetzen, sei es bei der Versorgungssicherheit, beim Pflanzenschutz oder beim Großraubtier Wolf", bekräftigt Auernhammer die Wichtigkeit des Austausches.

"Wir blicken mit großer Sorge nach Deutschland, wo sich nun zeigt, wer sich wirklich für die Interessen der Bäuerinnen und Bauern einsetzt. Wir beobachten eine gefährliche Konzentration jener Ministerien, die für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln verantwortlich sind. Wir dürfen nicht zulassen, dass ideologiegetriebene Entscheidungen über dringend notwendige Maßnahmen für eine produktionsfähige Landwirtschaft gestellt werden, ansonsten drohen Verhältnisse wie in Großbritannien, wo aktuell Obst und Gemüse ausgehen. Wir werden die enge Absprache mit unseren Partnern in Deutschland fortführen und unsere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene vertiefen", so Strasser. (Schluss)

Integrierte Pflanzenschutz-Methoden in Datenbank der EU-Kommission gesammelt

Bewährte Beispiele aus der Praxis in den Mitgliedsländern werden vorgestellt

Brüssel, 1. März 2023 (aiz.info). - Die EU-Kommission hat eine Datenbank mit 1.300 Beispielen für Praktiken, Techniken und Technologien zur Begrenzung des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel veröffentlicht. Bei den vorgestellten Verfahren geht es um Methoden des integrierten Pflanzenschutzes. Konkret sind das etwa Fruchtfolgemanagement und ausgewogene Düngung, die Überwachung von Schädlingen, die gezielte und reduzierte Anwendung sowie nicht-chemische Maßnahmen der Schädlingsbekämpfung.

Der integrierte Pflanzenschutz sei ein umweltfreundlicher Ansatz zur Bekämpfung von Schädlingen. Dabei werde allen anderen Methoden der Schädlingsbekämpfung Vorrang eingeräumt, bevor chemische Pestizide eingesetzt werden dürfen. "Das minimiert die Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Die Bekämpfung von Pflanzenschädlingen dient der Ernährungssicherheit und sichert den Landwirten ein tragfähiges Einkommen", unterstreicht die EU-Kommission.

Zusätzlich enthält die Datenbank 273 Leitlinien, die von nationalen Behörden und öffentlichen Einrichtungen in den Mitgliedstaaten erstellt wurden.

Parallel dazu untersucht eine Studie die derzeitigen Praktiken des integrierten Pflanzenschutzes und ihr Potenzial, die Abhängigkeit von chemischen Pflanzenschutzmitteln, die Kosten für die Umsetzung und die Gesamteffizienz zu verringern. Die Studie beleuchtet auch die wichtigsten Faktoren, die die Verringerung der Abhängigkeit vom Pflanzenschutzmittel-Einsatz beeinflussen, sowie die damit verbundenen wichtigsten Hindernisse und Faktoren, berichtet die EU-Kommission.

Die Datenbank kann unter dem Link <https://datam.jrc.ec.europa.eu/datam/mashup/IPM/index.html> aufgerufen werden. (Schluss)

Österreichischer Raiffeisenverband: Rehulka wird neuer Generalsekretär

Stimmen der Genossenschaften gegenüber der Politik stärken

Wien, 1. März 2023 (aiz.info). - **Johannes Rehulka** (42) wurde von der Generalanwaltschaft des Österreichischen Raiffeisenverbandes (ÖRV) mit 1. März 2023 zum neuen Generalsekretär bestellt. Rehulka folgt auf Andreas Pangl, der neun Jahre diese Funktion unter Generalanwalt Walter Rothensteiner ausgeübt hat und nun altersbedingt ausscheidet. Der Neo-ÖRV-Generalsekretär wird auch seine bisherige Funktion als Geschäftsführer des Fachverbandes der Raiffeisenbanken beibehalten. Mit der Personalunion will der ÖRV die Außenvertretung des Raiffeisenverbandes künftig stärken, betont das Unternehmen.

Rehulka wurde von Raiffeisen Generalanwalt **Erwin Hameseder** vorgeschlagen, der ihn als "routinierten Vollprofi der Interessenvertretung" lobt. "Er ist seit Jahren ein verlässlicher Ansprechpartner für politische Entscheidungsträger und genießt das Vertrauen unserer Mitglieder", so Hameseder. Die Zusammenführung der Funktionen des ÖRV-Generalsekretärs mit jener des Geschäftsführers des Fachverbandes der Raiffeisenbanken sei hierbei ein zusätzliches Asset: "Wir sehen, dass viele Themen, die Banken betreffen, auch Auswirkungen auf andere Unternehmen der Raiffeisen-Gruppe haben. Interessenvertretung aus einer Hand machen zu können, stärkt hier unsere Position," erklärt Hameseder weiter. Rehulka werde den Österreichischen Raiffeisenverband zu einer dynamischen, modernen Einheit formen und so einen Generationenwechsel im ÖRV einläuten.

Rehulka will den ÖRV zu einer "hörbaren Stimme für die Anliegen der heimischen Genossenschaften nach Außen gegenüber der Politik" ausbauen. "In einer Zeit, in der die Politik gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen zunehmend versuche über staatliche Eingriffe zu lösen, sei ein engagierter, auch kritischer Dialog mit dem Gesetzgeber notwendiger denn je. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass Regulierung mit Hausverstand und Augenmaß umgesetzt wird. Gerade in einem Zeitalter aufeinander folgender Krisen ist eine wirksame Interessenvertretung für unsere Mitglieder besonders wichtig", hält der neue Generalsekretär fest.

Darüber hinaus will Rehulka verstärkt die Bedeutung der Genossenschaften für die Regionen in Österreich hervorheben. Eigeninitiative, ehrenamtliches Engagement und Lösungen vor Ort sind das Gebot der Stunde in einer modernen Gesellschaft. Junge Menschen wollen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, sie warten nicht mehr auf den Staat. "Genossenschaften bündeln die Kräfte vor Ort und stärken den Zusammenhalt in den Regionen. Dieses nachhaltige Wirken unserer Mitglieder werden wir in den nächsten Jahren noch stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen."

Zur Person

Rehulka ist verheiratet und Vater zweier Kinder. Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften und der absolvierten Gerichtspraxis war Rehulka beim Europäischen Gericht 1. Instanz in Luxemburg und dem Institut für Europarecht an der Universität Wien tätig. Ende 2008 wechselte der promovierte Jurist ins Justizministerium, wo er stellvertretender Kabinettschef war, bevor er 2012 zum Fachverband wechselte und ab 2014 dort die Verantwortung als Geschäftsführer übernahm.
(Schluss)

Insektenmehl als Lebensmittelzusatz seit Jänner zulässig

OÖ Bauernbund fordert klare Kennzeichnung

Linz, 1. März 2023 (aiz.info). - Insektenmehl ist seit Jänner 2023 in Österreich als Zusatz in Lebensmitteln erlaubt und kann etwa in Keksen, Gebäck, Getreideriegeln, Saucen, Suppen und Fleischersatzprodukten verarbeitet werden. "Auf das große Krabbeln in den Supermarktregalen können wir verzichten. Die heimische Landwirtschaft hat da wesentlich bessere Alternativen zu bieten", sprechen sich OÖ Bauernbund-Landesobfrau und Agrarlandesrätin **Michaela Langer-Weninger** sowie OÖ Landesbäuerin **Johanna Haider** für eine klare und offensichtliche Deklaration des alternativen Ernährungsbestandteils aus. Denn die Proteinquelle aus Insekten sei nicht jedermanns bzw. jedefraus Sache. "Die einen finden es ekelerregend, die anderen zukunftsweisend. Nüchtern betrachtet hat die Proteinquelle - gerade im Einsatz als Futtermittel - großes Potenzial, sollte aber niemandem, schon gar nicht als Lebensmittel, untergejubelt werden", stellen Langer-Weninger und Haider klar.

Die OÖ Landesbäuerin verweist zudem auf ein "nicht unerhebliches" Allergierisiko. "Beispielsweise kann das Pulver der Hausgrille allergische Reaktionen bei Personen auslösen, die überempfindlich auf den Verzehr von Krebstieren, Weich- und Krustentieren sowie Hausstaubmilben reagieren", verlangt Haider einen verpflichtenden Allergenhinweis in der Zutatenliste des jeweiligen Produkts durch Hervorheben der Schrift, so wie auch für andere allergene Stoffe.

Kennzeichnung notwendig

Aktuell müssen die Hersteller die jeweilige Insektenart mit dem deutschen und lateinischen Namen in der meist kleingedruckten, umfassenden Zutatenliste anführen. Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) spricht sich für eine klare Kennzeichnung auf der Produktvorderseite aus. "Transparenz muss in allen Bereichen ganz oben stehen. Das sollte auch für Insektenmehl in Lebensmitteln gelten", unterstützt Langer-Weninger die Forderung.

Ferner darf laut dem neuen Gesetz bis zu 5% teilweise entfettetes Hausgrillen-Pulver vegetarischen bzw. veganen Lebensmitteln beigemischt werden. "Das ist doch eine Farce. Wenn sich jemand vegetarisch oder vegan ernähren möchte, dann sollte er sich auch sicher sein können, dass in diesen Lebensmitteln kein Insektenmehl enthalten ist", so Haider. (Schluss)